

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 2 (1888)

13 (29.1.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-189742](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-189742)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

Redaktion und Expedition: F. Kühn, Bant.

Erscheint jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.

Inserate: die vierteljährliche Seite 10 Pf., bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement:

Pränumerando frei ins Haus:
vierteljährlich . . . 1 M. 50 Pf.
für 2 Monate . . . 2 M.
für 1 Monat . . . 50 Pf.
eigl. Postbestellgeld.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf das „Norddeutsche Volksblatt“ zum Preise von 60 Pf. monatlich, 1 Mark für 2 Monate u. 1.50 M. vierteljährlich inkl. Bringerlohn. Durch die Post bezogen 1.50 vierteljährlich egl. Postbestellgeld. Das „Norddeutsche Volksblatt“ ist in der Postzeitungsliste unter Nr. 40866 eingetragen und nehmen alle Briefträger Bestellungen entgegen. Für Bant, Wilhelmshaven und Umgegend nehmen Abonnements, sowie auch Inserate entgegen sämtliche Ansträger, sowie die unterzeichnete Expedition.

Zu recht zahlreichen Abonnenten ladet ein
Die Expedition des „Nordd. Volksbl.“
F. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.

Eine Denkschrift (Schluß).

Der Regierungsbaumeister Kehler stellt seinen „Fall“ in folgender Weise dar: Anfangs Juni 1887 wurde Kehler eines Tages um die Mittagszeit von zwei Beamten der Berliner Kriminalpolizei auf der Straße aufgegriffen, in eine Droschke gesetzt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier wurde ihm ein Protokoll vorgelesen, worin ihm bekannt gegeben wurde, daß er auf Grund des Sozialistengesetzes als ein der öffentlichen Sicherheit gefährlicher Mensch aus Berlin ausgewiesen wäre, und innerhalb 48 Stunden die Stadt zu verlassen habe. Auf seinen Einwand, daß er sich an politischen Bestrebungen nicht beteilige, sondern nur auf gewerkschaftlichem Gebiete bei Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Bauhandwerker thätig gewesen wäre, wurde weiter keine Rücksicht genommen. Kehler wurde befragt, wohin er sich jetzt begeben würde. Er erklärte, zuerst nach Brandenburg a. d. H. für kurze Zeit gehen zu wollen, weil er von hier aus seine Privatgeschäfte in Berlin abwickeln wolle und dann würde er weiter gehen, wohin wolle er natürlich noch nicht. Darauf wurde er entlassen. Er reiste zur festgesetzten Zeit ab und hielt sich einige Tage in Brandenburg auf. Von hier wendete er sich mit der Bitte an den Polizeipräsidenten von Berlin, ihm zu erlauben, mit der Stadtbahn durch Berlin zu fahren, weil er in Pommeren ein Geschäft abzuwickeln habe, das er näher bezeichnet. Es handelte sich um die Abgabe eines technischen Gutachtens in einer Mühlenangelegenheit. Diese Erlaubnis wurde ihm verweigert und er wurde mit Verhaftung bedroht, wenn er selbst nur mit der Eisenbahn das Gebiet des kleinen Belagerungsstaates von Berlin passieren würde. Am 20. Juni wurde ihm darauf eine Verfügung des Polizeipräsidenten von Potsdam vom 19. Juni 1886 eingehändigt, durch welche dem Kehler auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 31. August 1842 über die Aufnahme angegebener Personen der Aufenthalt in der Stadt Brandenburg unterliegt und ihm eine zweiwöchige Frist zum Abreisen gesetzt wurde. Diese Verfügung traf Kehler, der garnicht gefahrt wurde, wie lange er sich in Brandenburg aufhalten wollte, als er schon zur Abreise bereit war. Er begab sich nach Braunschweig, wo er in einem Gasthaus Aufenthalt nahm. Obwohl er sich am politischen Leben hier nicht beteiligte, wurde ihm eine Verfügung vom 14. Juli 1886 eingehändigt, auf Grund welcher er unter Berufung auf das Freizügigkeitsgesetz vom 1. November 1867 § 3 aus dem Herzogthum Braunschweig ausgewiesen wurde. Kehler begab sich jetzt nach Gotha und von dort Anfangs August 1886 nach Frankfurt a. M. In Frankfurt a. M. wurde er vor die Polizei geladen und über Zweck und Dauer seines Aufenthalts befragt, aber sonst nicht weiter belästigt. Er reiste am 1. September 1886 nach München. Hier wollte Kehler festen Wohnsitz nehmen. Er wurde am 7. Sept., nachdem gleich nach seiner Ankunft bei ihm eine resultatlose Hausdurchsuchung nach verbotenen Schriften stattgefunden hatte, zur Polizei geladen und ihm zu Protokoll erklärt, daß man die Absicht habe, ihn auszuweisen. Kehler hoffte, daß, wenn man glaube, nach dem Freizügigkeitsgesetz vom 1. November 1867 dazu das formale Recht zu haben, man doch von diesem Recht keinen Gebrauch machen werde, da er in München nur seine Tochter auf die Kunstgewerbeschule gehen wolle. Man nahm dies zu Protokoll. Am 3. Oktober erhielt er jedoch einen Bescheid der königlichen Polizeidirektion vom 30. September mitgeteilt, wonach er aus dem Königreich Bayern ausgewiesen wurde. Trotz einer rechtzeitig eingereichten Beschwerde blieb es bei diesem Bescheid, am 24. November wurde ihm eröffnet, daß er innerhalb drei Tagen die Stadt München und das Königreich Bayern zu verlassen habe. Kehler begab sich am 27. November nach Stutt-

gart und dann am 25. Dezember nach Gera. Inzwischen nahm Kehler zwei sozialdemokratische Kandidaturen an und beteiligte sich an den Wahlkämpfen in den Kreisen Gera, Neuß ältere Linie, Altenburg, Chemnitz und anderen Orten.

Er wurde nun auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes am 15. Februar 1887 aus Gera und dem Fürstenthum Neuß ältere Linie, am 12. März aus dem Fürstenthum Sachsen-Altenburg ausgewiesen. Kehler lebte darauf, durch Familien- und Geschäftsangelegenheiten veranlaßt, eine zeitlang auf Reisen und nahm am 12. April 1887 in Gotha Aufenthalt, wo er mit einer kurzen Unterbrechung bis zum 29. Juni 1887 verblieb. An diesem Tage mußte er auf Grund einer Ausweisung des Herzogthum Gotha verlassen. Kehler begab sich nach Eisenach, wo er vom 9. Juli bis zum 8. September 1887 sich aufhielt. An diesem Tage mußte er, abermals ausgewiesen, Eisenach und das Großherzogthum Sachsen verlassen. — Dieser Schilderung der Thaten Kehler's ist ein Lebenslauf beigefügt, in welchem besonders betont wird, daß Kehler ursprünglich überhaupt nicht von sozialdemokratischen Ideen befestigt gewesen sei. Ueber seine Maßregelungen läßt sich Kehler folgendermaßen aus: „Man wird aus dem, was Kehler gelebt, gesprochen und geschrieben hat, niemals herleiten können, daß er bestritt war, den Staat und die Gesellschaft amzuführen. Aber freilich, er war einer kleinen, aber recht lauten Koterie der Innungmeister Berlins höchst unbrüderlich. Sie wären keine gezwungen worden, den Arbeitern auch der glänzenden Geschäftszeit entsprechende Löhne zu zahlen, was sie vermeiden wollten. Sie petitionirten deshalb bei den Behörden um Unterdrückung der Arbeiterorganisation und um Ausweisung der Führer derselben, und verlangten, was sie wünschten.“

Bei dem Fall Kehler zeigt es sich, daß man auch schon bei der heutigen Hypothese des Sozialistengesetzes unter Inbegriffnahme der Paritätar-Gesetzgebung der deutschen Staaten über die in den letzten Tagen so vielfach behauptete „Internierung“ verfuhr. Kehler erzählt folgendes: „Im Juli 1881 wurde ich wegen angeblicher Anführung zur Verbreitung des fürchterlichen „Sozialdemokrat“ vom Landgericht zu Dresden mit 2 Monaten Gefängnis bestraft und wurde, ohne daß in der Verhandlung ein solcher Antrag seitens der Staatsanwaltschaft gestellt worden war, vom Gerichtshof die Anwendung des § 22 des Sozialistengesetzes beschloffen. Dieser Paragraph geht dahin, daß Personen, die sich eine um Umhüll der bestehenden Staats- und Gesellschaftsorganisation z. gerichtete Agitation zum Zweck machen, an allen Orten der Aufenthalt verlagert werden kann, nur nicht an dem Orte, wo sie sich zuletzt 1/2 Jahr lang dauernd aufgehalten haben. Noch während ich im Gefängnis war, November 1881, wurde ich auf Grund des obigen Gerichtshofbeschlusses aus der Kreishauptmannschaft Dresden ausgewiesen. Daneben erfolgte meine Ausweisung auf Grund des sächsischen Heimathgesetzes aus Dresden-Stadt, eine Ausweisung, welche damals eine einjährige Dauer hatte. Ich war somit auch aus dem einzigen Orte, woselbst ich auf Grund des § 22 des Sozialistengesetzes hätte einen Aufenthalt haben können, auf Grund eines bestehenden Landesgesetzes ausgewiesen und dadurch vollständig heimathlos. Hand das Beispiel der Dresdener Kreishauptmannschaft von Seiten der anderen höheren Verwaltungsorgane Nachahmung, so konnte ich auf die Dauer eines Jahres aus ganz Deutschland ausgewiesen werden. Ich ging nun nach Breslau, ohne aber dort Wohnsitz zu nehmen, da ich mir das Aufenthaltrecht auf Grund des Reichsgesetzes in Dresden sichern wollte. Aber meine Mutter und mein Bruder wohnten dort und ich ging in Besuch, wie auch in früherer Zeit. Bald begann der Reichstag und ich kam nach Berlin. Kurz vor Schluß der Reichstagsession wurde ich im Juni 1882 auf Grund jenes Gerichtshofbeschlusses aus Breslau ausgewiesen. Kurz zuvor war auch meine Ausweisung aus der Kreishauptmannschaft Zwickau auf Antrag des Polizeidirektors zu Chemnitz erfolgt und zwar, weil ich im Jahre 1881 dort zur Reichstagswahl thätig gewesen wäre.“ So lautet wörtlich die Motivirung. Ich ging nun, da die Vertagung des Reichstags begonnen hatte — die damals bis zum November dauerte — auf Reisen. Hierbei kam ich auch nach Elberfeld-Barmen, wo meine Unwesenheit nur einige Tage dauerte. Einige Zeit nach meiner Anwesenheit in Barmen wurde ich von der Regierung in Düsseldorf aus Elberfeld, Barmen, Flörsdorf, Remscheid und noch aus verschiedenen anderen Städten und Bürgermeistereien ausgewiesen, wo ich zum Theil noch nie gewesen war. Ich hielt im Jahre 1882 in verschiedenen Gegenden Deutschlands Vorträge über das Kranken-

Unfallversicherungsgesetz, besonders in Süddeutschland, und wuß ich ausdrücklich bemerkt, daß auch nicht eine Versammlung aufgelöst wurde. Ueberall aber wurde polizeilich nachgefragt, ob ich mich dauernd aufhalten wollte, was ich in Rücksicht auf meinen späteren Wohnsitz verneinte. Eine Zeit lang blieb ich unbeschäftigt. Im November trat der Reichstag wieder zusammen und ich kam wieder nach Berlin. Während dieser Session reiste ich wieder nach Frankfurt a. M. weiter zu fahren, um in der Nacht nach Frankfurt a. M. weiter zu fahren. Auf dem Bahnhof verweilte ich einige Zeit mit 6-7 Parteigenossen von mir, die von der Anstalt der Versammlung mitgenommen waren und mir Gesellschaft leisteten. Dadurch wurde mein kurzer Aufenthalt der Erfurter Polizei bekannt und das genügte, um mich einige Wochen später auch das Aufenthaltverbot für Erfurt und Zwickau auf Grund des § 22 cit. leg. zu ziehen zu lassen. Im März 1883 nahm ich, nachdem die auf Grund des sächsischen Heimathgesetzes erfolgte Ausweisung zu Ende war, meinen Wohnsitz wieder in Dresden, wo ich seitdem den Unterhaltungswohnsitz erlangt habe. Seit jener Zeit bin ich von der Anwendung des § 22 cit. leg. verschont geblieben, aber ich bin in Dresden fast täglich eingeschlossen. In jedem Ausgang in die Umgegend bedarf ich der Genehmigung der Kreishauptmannschaft, die mir in vielen Fällen verweigert wird. Will ich durch die Kreishauptmannschaft Zwickau fahren, so verlangt der dortige Kreisauptmann erst genaue Erläuterungen über den Zweck der Reise, so daß ich lieber große Umwege mache, als mich diesem Examen auszuliefern. Seit vielen Monaten leide ich an einer schweren Halsentzündung — Stimmbänderentzündung. Der Arzt empfiehlt mir große Spaziergänge ins Freie, ich kann sie aber nicht ausführen, weil mir der Aufenthalt außerhalb der Stadt verweigert ist. Ein Besuch, das ich voriges Jahr bei der Kreishauptmannschaft einreichte, mir zu geschäftlichen und gesundheitslichen Zwecken den Aufenthalt in Bayern um 1 oder 2 Wochen zu erweitern, wurde abgelehnt. So stehen die Dinge bis heute.

Tagesbericht.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 23. Januar. Die Vorlage betr. Einführung der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen wird in dritter Lesung angenommen.

Das Haus legt hierauf die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern fort bei Kapitel Reichsversicherungsamt.

Abg. Baumbach (Hr.): Bei der gegenwärtigen Organisation der Unfallversicherung scheitert es an Organen, durch welche die Arbeiter ihre Ansprüche geltend machen könnten. Die Vertrauensmänner bei den Berufsgenossenschaften seien doch nur Vertrauensmänner der Arbeitgeber. Wenn der Arbeiter sich Rath erholen wolle, gehe er zu einem Sozialdemokraten. Unter dem Haftpflichtgesetz bekam der Arbeiter auf Grund des Armenrechts noch einen Anwalt. Viele Berufsgenossenschaften und ihre Organe behandeln in der Regel den Arbeiter von vorneherein als ihren Gegner. Der Ton, in dem sie mit den Arbeitern verhandeln, ist oft gradezu malignis. Ausdrücke wie „Schwindler, Betrüger“ seien. Arbeiter, die ihr gutes Recht verfechten, brauchen sich das nicht gefallen zu lassen. Einzelne Berufsgenossenschaften gehen besonders weit in der Abhägung der theilweisen Arbeitsfähigkeit. Es wäre besser gewesen, wenn man mit dem Vorschlage der Freisinnigen, den ordentlichen Gerichten die Entscheidung der Streitigkeiten übertragen hätte. Im Anschluß an die amtliche Denkschrift des Reichsversicherungsamtes verbreitet sich Redner alldann ausführlich über die Höhe der Verwaltungslofen der Berufsgenossenschaften. Die Vorstände der Berufsgenossenschaften sollen ehrenamtlich sein. Ihm sei ein Fall bekannt, wo Jemand 10000 M. Entschädigung erhalten hat. Ein Lebensfall in der Organisation sei es, daß zu den allzu zahlreichen Sitzungen des Reichsversicherungsamtes die Arbeitervertreter, sofern sie unentgeltliche Dienste, etwa Vermittler seien, gar nicht immer nach Berlin zu kommen vermöchten. Es liege das nicht an dem Uebelwollen der Arbeitgeber, sondern eben an der Institution, die ganze Organisation an sich. Dies sei als Lebensfall häufig auch von Männern hervorgehoben worden, welche keineswegs Wandelhermänner und „Reichsbürger“ seien. Nun habe der Herr Staatssekretär ja wiederholt gemeint, man solle doch die weitere Entwidlung abwarten. Das wäre ganz gut, wenn nicht schon die Absicht bestände, die Berufsgenossenschaften auch zu Trägern der

Alters- und Invaliden-Versicherung zu machen. Bevor man dies tun könne, müssen wir doch wissen, wie sich die Berufsgenossenschaften bewähren. Redner fragt dann noch an, wie es mit der Alters- und Invalidenversicherungslage stehe, und hebt im Hinblick auf die verheerende Revision des Krankentagegeldes nochmals das gegenwärtige Verlangen der freien Kassen hervor, die aber gerade von der Vertretung in der Unfallversicherung ausgeschlossen seien.

Staatssekretär v. Bötticher kann aus den Ziffern-Mitteilungen, welche die amtliche Denkschrift über die gesamten Kosten der Berufsgenossenschaften bringe, nur ein sehr günstiges Resultat herauslesen. Die Verwaltungskosten erschienen augenblicklich nur um deswillen noch so hoch, weil des Umlageverfahrens halber ihnen zur Zeit nur erst ein kleiner Bruchteil derjenigen Ausgaben an Unfallentschädigungen gegenüberstehe, welche die Genossenschaften bei Erreichung des normalen Zustandes, erst nach Jahren, zu leisten haben würden. Bei einzelnen Genossenschaften seien die Verwaltungskosten frei-lich unverhältnismäßig hoch, aber da es sich hier um eine Selbstverwaltung der Genossenschaften handle, so müsse die Regierung es schon Lehren selbst überlassen, wie sie wirtschaften wollten. Des Vordröner Äußerungen seien wohl wieder nur dazu sehr distri gewesen durch dessen alle Vorteile für die Privatversicherung. Da habe er eine Uebersicht zur Hand über die Verwaltungskosten pro Kopf der Versicherten bei verschiedenen Unfallversicherungsgesellschaften in 1881 und 1882. Da schwankte der Kopfbeitrag zwischen 80 Pf. und 3 Mk., also einen Kostenbetrag, dem gegenüber man den Kostenbetrag pro Kopf bei den Berufsgenossenschaften durchaus nicht als zu hoch bezeichnen dürfte. Freilich sage man, daß einen Theil der Arbeit die Post leiste, aber — er habe noch nicht gehört, daß um deswillen die Post auch nur einen Bruchteil mehr angestellt oder die Gehälter erhöht habe. Und rechne man hinzu, was früher die Gerichtskosten bei den Prozessen verschlungen hätten, so würde der Vortheil entschieden auf Seiten der jetzigen Organisation sein. Daß Unfriedlichkeit innerhalb der Berufsgenossenschaften selber bestände, wie der Vordröner behauptete, bestreite er durchaus. Weiter bekämpfte der Staatssekretär den vom Vordröner angeregten Gedanken von Offizialmandatarien für die Arbeiter. Doch zu den Sitzungen des Reichsversicherungsamts die Arbeitervertreter in letzter Zeit nicht hätten erscheinen können, weil sie unabhömmlich waren, das beklage er. Aber er sei weit entfernt, deshalb einen Stein auf die Arbeitgeber zu werfen. Jedenfalls werde die Angelegenheit bei einer Revision des Unfallgesetzes zu erwägen sein. Vielleicht werde man die Zahl der Arbeitervertreter vermehren müssen. Was die Alters- und Invalidenversicherung anlangte, so wüßte er, daß die Vorlage sich noch in Ausarbeitung und dem Bundesrath noch nicht zugegangen. Die Grundzüge, welche veröffentlicht und dem Urtheil weiter Kreise unterbreitet worden seien, hätten eine, wie er sagen wüßte, überraschend günstige Aufnahme gefunden. Was die Höhe der Alters- und Invalidenrente anlangte, so wüßte er auch, daß mehr, als jetzt beabsichtigt sei, gegeben werden könne. Aber stelle sich die Möglichkeit dazu heraus, dann könne und werde die Rente sicher erhöht werden. Das liege der Regierung jedenfalls fern, dem Leitungsbuch den Charakter eines Arbeitsbuches zu

geben. Und die Regierung werde, um diesen Charakter von dem Leitungsbuch fernzuhalten, jede Garantie geben, die nur immer mit den Wünschen der Alters- und Invaliden-Versorgung verträglich sei.

Abg. Barth (freil.) geht nochmals eingehend auf die Frage der Höhe der Verwaltungskosten ein. Er mache niemand aus der Höhe dieser Kosten einen Vorwurf, da er dieselbe ja vorausgesehen habe. Der Herr Staatssekretär habe einen Vergleich mit den Privatversicherungsgesellschaften gezogen und auf Grund dieses Vergleichs behauptet, daß bei den Genossenschaften die Kosten so sehr hoch seien. Nun seien bei der Leipziger Gesellschaft die Kosten pro Kopf ungefähr dieselben wie im Durchschnitt bei den Berufsgenossenschaften. Die Privatgesellschaften haben auch noch alle diejenigen unzähligen kleinen Unfälle — ungefähr drei Zehntel aller Unfälle — zu erledigen gehabt, die jetzt nicht unter die Unfallgenossenschaften, sondern unter die Krankenkassen fallen. Gerade diese Verursachen aber die höchsten Unkosten. Aber ganz abgesehen davon lassen sich die Privatgesellschaften mit den Berufsgenossenschaften überhaupt nicht vergleichen. Denn — und das ist noch Ansicht des Redners die Hauptsache — ein außerordentlich großer Theil der Arbeit der Berufsgenossenschaften wird in freiwilliger Arbeit, im Ehrenamte, geleistet, und dafür müßte doch, wenn man einen zutreffenden Vergleich ziehen wüßte, ein sehr hoher Kosten an Verwaltungskosten eingestrichelt werden. Auch arbeiten für die Berufsgenossenschaften eine ganze Reihe von Behörden. Daß früher erhebliche Gerichtskosten an Prozessen entstanden seien, habe, wie Redner weiter ausführt, seinen Grund in der erforderlichen großen Beweislast gehabt. Und leider sei die Beweislast den Berufsgenossenschaften zugeschoben gewesen, weshalb denn auch er und seine Freunde ein Mittel zur Verringerung der Prozesse gerade darin erblickt hätten, daß die Beweislast für behauptete Verhinderung des Unfalles durch den Arbeiter selbst den Arbeitgebern zugeschoben werde. Redner denkt dann noch kurz der Alters- und Invalidenversicherung. Die Schwierigkeiten, die sich auch hier erhoben, seien, wie bei dieser ganzen Sozialreform, auf den Zwang zurückzuführen.

Abg. Grillenberg (S. D.) bekennt sich zwar als Freund der Zwangsorganisation, aber als Gegner der geschlossenen Zwangsorganisationen. Wir stehen noch heute auf dem Boden der Reichsversicherung und nicht auf dem der Berufsgenossenschaft, welche den krassen Egoismus vertritt. Ein weiterer Fehler sei die ungenügende Vertretung der Arbeiter in den Schiedsgerichten, ein weiterer der ganze Standpunkt, den die Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber insofern einnehmen, als sie jede Forderung, jede Beschwerde der Arbeiter als eine Art Anfechtung der Arbeiter ansehen. Die Behandlung, welche die Arbeiter von den Berufsgenossenschaften erfahren, sei keine solche, wie sie sein müßte. Sehr richtig sei die Bemerkung Baumhads, daß die Arbeiter deshalb sich um Hilfe an sozialdemokratische Agitatoren wenden. Das sei nur natürlich, da sie eben bei Vertretern anderer Parteien keine Hilfe finden. Redner führt eine Anzahl Fälle an, wo die Arbeiter wegen der Schwierigkeiten, die ihnen von den Berufsgenossenschaften vorstünden bereitet würden, Jahre lang — in einem Falle zwei volle Jahre — warten müßten, ohne daß ihre Entschädigungssache zur Entscheidung komme. Wenn das Verfahren im Interesse der Arbeiter beschleunigt werde und den Arbeitern nicht so viele Unbequemlichkeiten bereitet würden,

wenn ferner zu demselben Zweck die Vertretung der Arbeiter in den Schiedsgerichten eine bessere wäre, so würde das auch zu der Ermäßigung der Verwaltungskosten beitragen, die in der That zu hoch, enorm hoch seien. Die ganze Organisation sei eine übermächtige Arbeitgeber-Organisation. Auch die Werkmeister, die in zu großer Zahl der Arbeitervertretung angehören, seien in Wirklichkeit gar keine Arbeiter-Vertreter. Der Werkmeister sei eigentlich gar kein Arbeiter mehr und vertrete dieselben auch nicht. In Bezug auf die Theilnahme des Arbeiters an den Sitzungen des Reichsversicherungsamts stimme er dem Staatssekretär von Bötticher darin bei, daß die Zahl der Arbeiter-Mitglieder des Reichsversicherungsamts erheblich erhöht werden müsse, um den Einzelnen nicht zu oft und zu lange von der Arbeit fernzuhalten. Eine baldige Revision des Unfallgesetzes sei dringend geboten, wenn er auch zugebe, daß das Unfallgesetz wenigstens noch das Beste von all den Versicherungsgesetzen sei, deren sozialreformatorischen Charakter er an und für sich nicht anerkennen könne. Was die Grundzüge der Altersversicherung anbetreffe, so hätten dieselben in Arbeiterkreisen nirgends Beifall gefunden, nicht blos nicht in sozialdemokratischen, sondern auch nicht in den Kreisen derjenigen Arbeiter, welche hinter dem Centrum herlaufen (Geiterteile). Die ganze Sache hielten die Arbeiter nur für ein Mandor, um das Arbeitsbuch einzuführen. Und auch trotz der vorerwähnten Worte des Staatssekretärs glaube er noch jetzt, das Leitungsbuch werde doch weiter nichts werden, als ein Kontrollbuch. Ihm und seinen Freunden hätten seine Wähler direkt den Austrag gegeben, gegen das Werk zu stimmen. Auch habe man ja zwar Arbeitgeber über die Grundzüge befragt, nicht aber Arbeiter, deren Organisationen man eine nach der anderen auflöse. Redner verweist diesbezüglich auf die Buchdrucker-Gewerkschaft.

Abg. Weßky nimmt die Schiedsgerichte gegen den Vordröner erhobenen Vorwurf eines Mangels an Unparteilichkeit in Schutz.

Staatssekretär von Bötticher erwidert dem Abg. Grillenberg vornehmlich, es würde unfinnig sein, wollte die Regierung lediglich der Arbeitsbücher wegen die Alters- und Invalidenversicherung mit deren so bedeutenden Kosten einführen. Auch einzelnen Ausführungen des Abg. Barth tritt Redner noch entgegen, indem er besonders den zwischen den Berufsgenossenschaften und den Privatversicherungsgesellschaften in Bezug auf die Verwaltungskosten gezogenen Vergleich zu rechtfertigen sucht. Er bitte schließlich den Abgeordneten Barth und seine Freunde, diese gesammelten Fragen nicht vom Standpunkte der Politik, nicht als politische betrachten zu wollen.

Abg. Gamp (Reichspartei) anerkennt die Verbesserungsbedürftigkeit des Unfallgesetzes, hält aber die gegen dasselbe erhobenen Beschwerden für übertrieben. Ein Salvantrag wird angenommen und das Kapitel Reichsversicherungsamt genehmigt.

Bei dem I. p. t. d. P. h. y. s. i. k. a. l. i. s. c. h. e. n. i. s. c. h. e. Reichsanhalt bebauet

Abg. Engler die Unzulänglichkeit der Mittel für die technische Abtheilung.

Staatssekretär von Bötticher stellt weitere Mittel in Aussicht. Die Errichtung einer chemisch-technischen Reichsanstalt werde erwogen, sei aber noch nicht endgültig entschieden. Eine gewerblich-technische Reichsanstalt sei bisher nicht beabsichtigt.

Am Flusse.

Roselle von F. von Stengel. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Er stand jetzt vor ihr und nahm die dargereichte Hand. „Johanna!“ war das einzige Wort, mit dem er ihren Gruß erwiderte. Auf seinem Gesichte malte sich Staunen, Ueberraschung und Bewunderung. Johanna erröthete unter seinem forschenden Blicke. Ihrer Berlegenheit dauerte jedoch nur einen Moment, dann lachte sie hell auf.

„Anton, wie erstaunt Dein Bruder ansieht?“ rief sie, sich zu dem Andern wendend, „er hat geglaubt, die kleine Hege noch zu finden und hat nicht gemußt, daß auch die Mädchen wachsen, nicht die Bäume und Blumen und die Herren der Schöpfung allein. Es ist zu komisch. Ja, Wolfgang, es ist noch die alte Johanna, wenn der weitgereiste Herr sie auch nicht wieder erkennt.“

„O ich erkenne sie ganz gut,“ sagte Wolfgang, von seinem Ersiaunen zurückkommend, „nur im ersten Augenblicke war sie mir fremd. Ja, es ist noch Johanna Knefeld, noch ganz so, wie ich sie vor zehn Jahren gekannt habe.“

„Vor zehn Jahren! Sind es wirklich zehn Jahre?“ fragte Johanna. „Welch lange Zeit! Wir ist, als wären kaum so viele Monate verfloßen. Ich habe noch gar nichts von damals vergessen; und Du, Wolfgang?“

„Rein, nein,“ erwiderte Johanna, „lassen wir die alten Zwiste. Man ist ja doch älter und klüger geworden.“

Wolfgang sah sie mit einem halb zweifelnden, halb spottenden Blicke an. „Welter und klüger?“ wiederholte er, „zuweilen wird man wohl Beides miteinander, aber nicht immer.“

„Soll dies ein Stich für mich sein?“ fragte Johanna. „Hat Anton am Ende verrathen, daß die kleine Hege sich nicht viel gebessert hat?“

„Ich habe nichts verrathen,“ verteidigte sich Anton, „nur erzählt habe ich von Dir, aber nur Gutes.“

„Das wäre besser unterblieben, — nun geht das alte Lied von Neuem an, sagte Johanna mit einem komischen Zwinker. „Die schönen Tage sind vorüber.“

„Fürchte nichts, Johanna,“ tröstete Wolfgang erster als hier nöthig war, „ich bin älter und viel-leicht auch klüger geworden, jedenfalls habe ich mehr und Wichtigeres zu thun, als mich mit Kindereien abzugeben.“

Ein Schatten überflog Johanna's Gesicht: es war als ziehe sich eine Wolke über die Sonne. Sie entgegnete nichts auf Wolfgang's letzte Bemerkung, sondern schied zu Anton wendend, ging sie mit diesem dem Hause zu. Wolfgang folgte den Weiden.

„Wir wollen den Vater aufsuchen, er wird sich freuen,“ Wolfgang zu sehen, er war ja immer sein Liebling, bemerkte sie dann.

„Wir kommen, um Euch zu bitten, doch sozögern mit uns zu geben,“ sagte Anton, „unser Vater möchte gern Wolfgang's Kontakt mit Euch zusammen fächern, — der Deine wird doch Nichts dagegen einzuwenden haben?“

„Er gewiß nicht!“ antwortete Johanna. „Nun, wer denn sonst?“

„Wer sonst? Ich!“

„Du, Johanna, sei doch kein Kind und laß die Redereien!“

„Kannst Du nun auch den Lehrmeister?“ Das wird gut werden, da habe ich zwei! Wolfgang hat die Doktorhaube nicht abgelegt, ich meine, er ist noch schlimmer als zuvor. Ist er denn auch so ernst, wie er aussieht?“

„Er war immer gesetzt und ernst, ich glaube er ist es noch.“

„Ich mag das nicht, warum kann er nicht lachen und lustig sein wie wir?“

„Er ist eben eine andere Natur.“

„Nun ja, aber ich zweifle sehr, daß wir jetzt besser mit einander auskommen.“

„Johanna!“

„Warum muß er auch gleich an die alten Kinder-zwiste erinnern? Es ist seine Schuld, wenn sie nun von Neuem anfangen.“

„Aber sei doch vernünftig, Johanna!“

„Ich will es gerne sein, — aber ob es geht, das ist eine andere Frage,“ lachte Johanna. „Nun, Du sollst sehen.“

Sie wandte sich wieder zu Wolfgang, der etwas zurückgeblieben war. Einen Augenblick sah sie ihn forschend an. Ja, es war noch der Wolfgang wie vor zehn Jahren! Noch immer das ernste Gesicht mit den regelmäßigen Zügen, den durchdringenden Augen, die sie als Kind so oft außer Fassung gebracht, mit den festgeschlossenen Lippen, die ihm etwas Kaltes und Fremdes gaben. Er hatte keine Spur von Keckheit mit seinem Bruder, der größer und kräftiger, eine männlichere Erscheinung war, dessen offenes, ehrliches Gesicht Vertrauen erwecken mußte, dessen wohlwollende, freundliche Blicke Jedermann einnahmen, wenn auch der geistreiche Ausdruck Wolfgang's leuchtete.

Johanna ging jetzt neben diesem und beschürzte ihn mit einer Menge von Fragen, deren Beantwortung sie jedoch nicht abwartete, aber sein bisheriges Leben, seine karglich gemachte Reise und seine Pläne für die nächste Zeit.

(Fortsetzung folgt.)

Scheidung der Beschwerden auf Grund des „Sozialisten-gezezes“ folgt

Hg. Grillenberg über die Langsamkeit, mit welcher seitens der Kommission die ihr zugehenden Beschwerden erledigt werden. ... Die Kommission hat in dem betreffenden Falle um so mehr sich bereit zeigen sollen, der Beschwerde fasszugeben, als ja der wortgetreue Abdruck von Reichstagsreden durch die Verfassung geschützt ist.

Damburg. Als weitere Punkte fanden auf der Tagesordnung: Centralisation des Arbeitsschmelzes und Arbeitswesens. ... Die Beschlüsse des heutigen Donnerstagstages zu Dortmund und des Norderbundesstages (Arbeitsrat) zu Elm a. N. Ueber dieses Thema referierte in längerer, wirklich geistiger Rede Herr Schweiger aus Berlin.

Hamburg. Die hiesige Maler-Zinnung hatte unter der Motivierung, daß ein event. Streit für Meister und Gesellen gleich schädlich sein würde, eine Beschlußversammlung zum Zweck der Beratung der Lohnfrage einberufen, die von circa 2000 Malern besucht war.

In Portugal ist eine Streibewegung in noch nicht abgewesenem Umfange ausgebrochen. Alle Hafenarbeiter und Schiffleute streiken und verhindern die Schiffe am Auslaufen.

Nus Stadt und Land.

26. Januar. Arbeitelöhne in Schlesien. (Schluß.) Die Arbeiter in den verschiedenen Dornwerken haben wohl durchschnittlich dieselben Löhne, jedoch gibt es auch Ausnahmen. Die Bauarbeiter sind während der Bauezeit wenigstens — am besten gestellt; während der Zeit, wo sie nicht auf Bauten arbeiten können, ist die Notlage von ihnen in der Dornindustrie beklüggelt.

Gefahrnis, daß das ganze System früher oder später einer gründlichen Umformung bedarf, wird auch hier noch im engeren Geschäftslebe benachbarten Elemente anerkannt; denn ist die Zeit gekommen, wo an Stelle der jetzigen „Anarchie“ die „Ordnung“ tritt, allerdings eine andere Ordnung als die, welche von unseren modernen Staatsretterin als Paradiesparadies gerühmt wird.

26. Januar. Die am Dienstag feiertagunehmende sogenannte „Schönenmaierade“ im hiesigen „Schönherd“ war schon bald über. Es machten wohl einige 20 Personen anwesend sein, darunter fast gar keine Wittigler der d. Schönenvereine. Der Fall war bekanntlich nur zu Gunsten des Wittigs veranstaltet worden, soll aber seinen Zweck nicht erfüllt haben.

26. Januar. Das Gute liegt immer in der Mitte“ sagte Herr Dr. K., das beste er sich zwischen zwei Stühlen und sei auf den Rücken. Er habe ergründet er seinen Parteigenossen, den National Liberalen. Auch sie glaubten an die unantastbare Wahrheit des obigen Satzes, machten das gleiche Experiment und gerieten in dieselbe Lage.

26. Januar. Die Prophezeiungen des Herrn Wilhelms haben über Erdbeden, Stürme etc. und zwar noch keineswegs als zuverlässig bekümmert, sind von der Öffentlichkeit anerkannt worden, besitzen aber ein gewisses, allgemeines Interesse, zumal im Hinblick auf die vielen, letzter Zeit gemeldeten Erdbeden. Wie gegen dießhalb nachstehend die von Haib für das Jahr 1888 berechneten sogenannten „kritischen Tage“ wieder. Es sind dies: 28. Januar, 12. Februar, 27. Februar, 12. März, 27. März, 11. April, 26. April, 25. Mai, 9. Juli, 23. Juli, 6. August, 6. September, 20. September, 5. Oktober, 19. November, 3. Dezember. Die bedenklichsten dieser Tage sollen der 27. März, 26. April, 5. Oktober und 4. November sein.

Die Hoffnung, daß die Vermehrung der Wehrkraft des Deutschen Reiches durch Annahme der neuen Militärvorlage ohne wesentliche Kosten vor sich gehen werde, ist durch die in Aussicht gestellte Forderung von angeblich 100 Millionen geschnitten, leider wird es aber jenen 100 Millionen, welche doch eine jährliche Mehraufschlagung des Budgets um mindestens 4 Millionen zur Folge haben werden, nicht sein Werden haben; wie die „Köln. Ztg.“ sich nämlich aus Berlin telegraphisch läßt, erwartet man „in gut unterrichteten Kreisen“ die in den nächsten Tagen die Einbringung der Vorlage, welche die auf Grund des neuen Wehrgesetzes erforderlichen einmaligen Kosten verlangt. Man nimmt an, daß die Gesamtforderung 100 Mill. Mark weit übersteigen und sich näher an 200 als an 100 Millionen Mark halten wird. — Vielleicht öffnet diese Ueberraschung manchem Kartellwähler und Steuerzahler die Augen!

Zur Stöderlei schreibt die „Freie Stg.“: Den Aufruf für die Stadtmillion haben namentlich die Minister v. Bülow und v. Hofner unterzeichnet, und jenerlart der Aufruf mit diesen beiden Unterschriften, wie der „Nation“ mitgeteilt wird, gegenwärtig in der Provinz, vorzugsweise auch in den Kreisen der Untergebenen der beiden Minister. Was sagt die offiziöse „Post“ und der Verfasser ihres Artikels über „Stöderlei und Wackerlei“ namentlich dazu, daß der oberste Vorgesetzte der Offiziere, Herr v. Bülow, diesem Aufruf der Stöderfries Stadtmillion in dieser Art seinen Segen auf den Weg gegeben hat? Allmählich werden die Gutgefanten sich überall trotz des zeitweiligen offiziellen Spektakels wieder orientieren; wo die Namen der Minister stehen, werden sich auch die Namen der Oberpräsidenten und der Regierungspräsidenten und der anderen Würdenträger einstellen — soweit dies nicht schon geschehen — und dann ist einem jeden, der sehen will, der Pfad ehrbarer Sitte und echter Tugend erhellt.

Die Schmelze haben bei durchschnittlich 15-16hündiger Arbeitzeit einen Lohn von 2 bis 4 Mk. pro Woch. Nehlich ergibt es den Tischlern, Tischlern, Stuhlmalern, Schloßern, Sattlern etc. Eine große Zahl bilden die in Ziegelfabriken und Zementfabriken Arbeitenden. Der Verdienst derselben schwankt zwischen 0,50 bis 4 Mk. pro Tag; etwas Gewisses läßt sich schwer angeben, da viele Leute meist Arbeiter sind und auch Arbeiten verrichten, für welche ein nach Wochen der Lohn eingekommen werden kann. In der gleichen Wochen im Sommer kommen derselben bei 12hündiger Arbeitzeit auf 28 Mk. pro Woch. jedoch so viel steht fest, daß der wöchentliche Durchschnittslohn — die Tage eingerechnet, an welchen nicht gearbeitet werden kann — nicht über 7 Mk. beträgt.

Außerdem wären noch die Gesellschafter, v. d. die Arbeiter, welche Holz sägen, zu erwähnen, dieselben haben ebenfalls meistens Arbeiterberuf und verdienen selten über 4 Mk. pro Woch. Die Lage der Bergarbeiter ist je nachher bekannt genug, als daß es sich noch verlohne, sie in ihrem ganzen Stand zu schildern. So sehen wir denn, daß die Lage der gesamten Arbeiterschaft dieses Gebietes eine so gedrückte ist, daß selbst dem angesehensten Arbeitermann die angeführten Zahlen ins Gewissen reden und zeigen müßten, daß es mit dem „freien Spiel der Kräfte“, dem ungehinderten Konkurrenzkampf, denn doch ein eigenes Ding ist. Wenn die Arbeiter nicht selbst so vernünftig wären, gegen ihre kapitalistischen Grundbesitzer, bis überdies auch in den Kreisen ihrer Vertreter jetzt schon häufig als nicht mehr ganz zeitgemäß angesehen werden, schied irgend eine Interessengemeinschaft sich gegenüber einer anderen im Rechtteil glaubt, anzukämpfen, so würden die Verhältnisse der jetzigen Ordnung gar bald in der Ueberzeugung gelangen, daß mit der übermächtigen Anwendung der Arbeitskraft der Einzelnen und der damit verbundenen Abwanderung des Individuums endlich auch eine Herabwürdigung der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeitsleistung eintreten muß, die bei der Erhaltung des jetzigen Ausbausestandes der Frauen- und Kinderarbeit, der technischen Fortschritte u. s. w. auch für den Unternehmenden verhängnisvoll werden könnte, indem schließlich die arbeitssfähige und arbeitende Minorität nicht mehr im Stande sein würde, die arbeitssfähige aber faulende und die arbeitsunfähige oder auf Grund anderer bereits wirtschaftlichen „Ordnung“ arbeitslose Majorität zu ernähren, und somit die „Arbeitsmarkter“ ihr Ende finden würde. Dahn wird es aber, wie gesagt, nicht kommen. Daß der wahren Erkenntnis unserer unbilligen Konsumtion zuhände, die immer tiefer in die Kreise der Arbeiter eindringt. Schon jetzt werden sie sich energig gegen die Herabsetzung der Löhne und die unbegrenzte Ausbeutung der Arbeitskraft. Die

Wittigler haben, 26. Januar. Die Prophezeiungen des Herrn Wilhelms haben über Erdbeden, Stürme etc. und zwar noch keineswegs als zuverlässig bekümmert, sind von der Öffentlichkeit anerkannt worden, besitzen aber ein gewisses, allgemeines Interesse, zumal im Hinblick auf die vielen, letzter Zeit gemeldeten Erdbeden. Wie gegen dießhalb nachstehend die von Haib für das Jahr 1888 berechneten sogenannten „kritischen Tage“ wieder. Es sind dies: 28. Januar, 12. Februar, 27. Februar, 12. März, 27. März, 11. April, 26. April, 25. Mai, 9. Juli, 23. Juli, 6. August, 6. September, 20. September, 5. Oktober, 19. November, 3. Dezember. Die bedenklichsten dieser Tage sollen der 27. März, 26. April, 5. Oktober und 4. November sein.

Wittigler haben, 26. Januar. Die Prophezeiungen des Herrn Wilhelms haben über Erdbeden, Stürme etc. und zwar noch keineswegs als zuverlässig bekümmert, sind von der Öffentlichkeit anerkannt worden, besitzen aber ein gewisses, allgemeines Interesse, zumal im Hinblick auf die vielen, letzter Zeit gemeldeten Erdbeden. Wie gegen dießhalb nachstehend die von Haib für das Jahr 1888 berechneten sogenannten „kritischen Tage“ wieder. Es sind dies: 28. Januar, 12. Februar, 27. Februar, 12. März, 27. März, 11. April, 26. April, 25. Mai, 9. Juli, 23. Juli, 6. August, 6. September, 20. September, 5. Oktober, 19. November, 3. Dezember. Die bedenklichsten dieser Tage sollen der 27. März, 26. April, 5. Oktober und 4. November sein.

Wittigler haben, 26. Januar. Die Prophezeiungen des Herrn Wilhelms haben über Erdbeden, Stürme etc. und zwar noch keineswegs als zuverlässig bekümmert, sind von der Öffentlichkeit anerkannt worden, besitzen aber ein gewisses, allgemeines Interesse, zumal im Hinblick auf die vielen, letzter Zeit gemeldeten Erdbeden. Wie gegen dießhalb nachstehend die von Haib für das Jahr 1888 berechneten sogenannten „kritischen Tage“ wieder. Es sind dies: 28. Januar, 12. Februar, 27. Februar, 12. März, 27. März, 11. April, 26. April, 25. Mai, 9. Juli, 23. Juli, 6. August, 6. September, 20. September, 5. Oktober, 19. November, 3. Dezember. Die bedenklichsten dieser Tage sollen der 27. März, 26. April, 5. Oktober und 4. November sein.

Table with 2 columns: Day, Time, Location. Includes events like 'Krankentasse der Maurer und Steinbau' and 'Vereins-Kalender'.

Braunschweig. Das „Dr. Unterh.“ schreibt: E. Der am 23., 24. und 25. d. M. dahier tagende Kongress der Malergesellen Deutschlands, welcher durch 36 Städte vertreten war, beendete gestern seine Arbeiten und schloß um 11 Uhr Abends unter braudendem Jubel und mit Wohl und Geheßen des Gewerkes. Was die auf dem Kongresse vorgenommenen Arbeiten betreffen, wird wohl am Besten dadurch erläutert werden, wenn wir einige Punkte der Tagesordnung nachfolgend anführen. 1) Untere heutige Organisations; auf welche Weise ist es möglich, die Maler und verwandten Berufsgruppen in einen allgemeinen großen Verein zur Verbreitung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grundlage des § 152 deutscher Gewerbeordnung zu vereinigen. Hierüber referierte Herr Schmitz aus

Advertisement for 'Prima Nusskohlen' and 'Prima Schafftstiefel'. Includes text: 'Doppelt gesiebte und gewaschene Prima Nusskohlen', 'Prima Aufkooks der Beche Dannenbaum, Presstorf und Maschinentorf', 'Prima Schafftstiefel', 'Joh. Holthaus, Bismarckstr. 59'.

Maler-Gesangverein „Flora“.

Großer Masken-Ball

am Montag, 6. Februar,
Abends 8 Uhr,

im Vereinslokale, „Burg Hohenzollern“.

Zur Aufführung kommt unter Anderem:

„Pater Gabriel“, „Die tapperen Landsoldaten“,
„Die schöne Galathé“ u. s. w.

Karten für maskierte Herren à 1,25 Mk., für maskierte Damen und Zuschauer à 0,75 Mk., sind bei sämtlichen Mitgliedern, im Vereinslokale und Abends an der Kasse zu haben. Zuschauer können nach der Demonstration am Ball teilnehmen. Vorher ist der Zutritt zum Saal nur maskiert gestattet.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
im Saale der „Centralhalle“, Carl Zwingmann
in Belfort,
am Sonnabend, den 28. Januar, Abends 8 Uhr.
Tagesordnung:
Die gegenwärtige politische Lage in Deutschland.
Referent: Herr Paul Aug.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Einberufer.

Vorläufige Anzeige!

Hotel „Zum Banter Schlüssel“.

Am 8. Februar d. J.:

Grosser öffentlicher Masken-Ball.

Alles Nähere durch spätere Inserate.

Frau Wwe. Winter.

Einladung

zu dem am Freitag, den 3. Februar, Abends 8 Uhr,
im Saale des Herrn Aug (Zur Arche) Belfort
stattfindenden

Narren-Feste

verbunden mit
humoristischen Vorträgen u. Ball
des Gesangvereins Frohsinn.

Entree für Herren 1 Mk. Damen in Begleitung von Herren frei.
Der Vorstand.

Narrenkappen sind an der Kasse zu haben.

Starke, dauerhafte Stiefel,

welche sich für die Landbevölkerung und Arbeiter eignen, kauft man beim
Schuhmachermstr. **Apel**, Belfort,
Werftstraße 14.

Herren-Schaftstiefel mit Doppelsohlen 10 Mk., mit einfachen Sohlen von 8 bis 9 Mk. Herren-Zugstiefel von 8,50—9,50 Mk. Herren-Zugschuhe v. 6—6,50 Mk. Herren-Schnürschuhe 5,50 Mk. Herren-Hausschuhe 5,00 Mk. Damen-Zugstiefel von 6—7 Mk. Damen-Zug- und Hausschuhe, starke Knabenstiefel. Mädchenknopf- und Schnürstiefel, Ohrenschuhe, sowie Kinderstiefel und Schuhe zu soliden Preisen.

Zur bevorstehenden Ballfaison empfehle mein Lager in
lfarbigen Schulter-Tüchern

sowie in
Wirn-, Seiden- u. Glacé-Handschuhen
warz, weiß und farbig.

N. J. Pels, Bismarckstr. 18.

Kranken- und Begräbniss-Kasse der Maurer u. Steinhauer Wilhelmshaven.

Auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde:

Außerordentliche General-Versammlung am 29. Januar d. J.,

Nachmittags 4 Uhr.

in **Böttcher's Saale**, Dörfriesenstraße 55.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Annahme der gesetzlich gebotenen Änderungen des § 44 der Statuten, unter gleichzeitiger Aufhebung des Beschlusses der Generalversammlung vom 15. Januar d. J.; widrigenfalls die Aufsichtsbehörde die Kassenleitung durch von ihr zu bestellenden Vertreter auf Kosten der Kasse vornehmen wird.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wwe. Winter's

Hotel „Zum Banter Schlüssel“, Belfort.

Heute Sonntag, den 29. Januar:

Großer öffentlicher BALL.

Wwe. Winter.

Volksgarten Kopperhörn.

Am Sonntag, den 29. Januar:

Großer öffentlicher Ball,

wozu freundlichst einladet

H. Th. Kuper.

Central-Halle Belfort.

Am Sonntag, den 29. Januar:

Öffentlicher Ball.

Carl Zwingmann.

Germania-Halle.

Am Sonntag, den 29. Januar:

Grosse öffentliche Tanzmusik.

Neu-Bremen.

H. Vater.

Gasthof Sedan.

Am Sonntag, den 29. Januar:

Grosser öffentlicher Ball.

Dazu ladet ergebenst ein

F. Krause.

Die noch vorrätigen

Damen-Winter-Mäntel, Herren- und Knaben-Winter-Paletots

verkaufe zu bedeutend ermäßigten Preisen.

H. F. Peper, Bismarckstr. 6.

Derbe Arbeitsschuhe

mit Zunge und Klappen. Ferner Herren-Zug- u. Schnürschuhe, Herren-Stiefeletten, das Beste was in Handarbeit gemacht wird, zu billigen Preisen.

Joh. Holthaus, Bismarckstr. 59.

Bei vorkommenden Trauerfällen halte meinen

Leichenwagen

bestens empfohlen.

F. Janssen,

Fuhrmann, Kopperhörn.

Die Vier-Niederlage

von
G. Endelmann,
Königstrasse 47,
Faß- und Flaschenbier

aus der Brauerei von Th. Brillöder, Jeore,
33 Flaschen 3 Mk.

Dortmunder Altbiere, 20 Fl. 3 Mk.
Bayerisch Bier aus der Brauerei von
Franz Eich, Erlangen, 20 Fl. 3 Mk.

Selterswasser eigener Fabrik.
Harzer Königsbrunnen.

Wiederverkäufer Rabatt.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag
F. Kühn in Bant.

Trud von A. Vogel & Co. in Braunschw.